

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
14.03.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Stefan Tritz
Telefon-Nr.
02202-142864

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Mittwoch, 27.02.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:30 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung des Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.2018**
0073/2019
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
0080/2019
- 6 Vorstellung des Jugendamtselternbeirats**
0072/2019

- 7 Förderung der Sanierungsmaßnahme für die Kindertagesstätte „Bollerwagen“ des Elternvereins Bollerwagen e.V., Halbenmorgen 5**
0026/2019
- 8 (unbefristete) Anerkennung des Elternvereins „Frohsinn“ e.V., als Träger der Kindertagesstätte „Glückspilz“, Reuterstr. 237, 51467 Bergisch Gladbach**
0028/2019
- 9 Planung nach dem KiBiz für das Kindergartenjahr 2019/2020**
0031/2019
- 10 Anträge der Fraktionen**
- 11 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Münzer, eröffnet die 26. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Kramm (AG Jugendhilfe), Herr Richter Sellmann (Amtsgericht) ebenso wie sein Vertreter, Herr Mischke (Amtsgericht), Frau Bräuer (Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach), die durch Herrn Kieper (Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach) vertreten wird, Frau Kleinpeter (AG Jugendhilfe), die durch Frau Külschbach (AG Jugendhilfe) vertreten wird sowie Herr Wolter (Bund der Deutschen Kath. Jugend), der durch Herrn Schäfer (Kath. Jugendagentur Rhein.-Berg., Oberberg GmbH) vertreten wird.

Sodann wird Herr Beat Daniel Kieper unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglied im Jugendhilfeausschuss eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Herr Kieper folgt auf Herrn Saalfeld als persönlicher Stellvertreter des von der Agentur für Arbeit bestellten Mitgliedes Susanne Bräuer. Über die Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt (Anlage 2).

Anschließend stellt Frau Münzer die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.12.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung des Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.2018

0073/2019

Frau Münzer weist zunächst darauf hin, dass die in der Einladung enthaltene Vorlage gegen die in der Sitzung ausgehändigte Version auszutauschen ist, da in der ursprünglichen Version die Träger (TOP N 5) den falschen Einrichtungen zugeordnet wurden.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

0080/2019

Herr Stein verweist zunächst auf die schriftlichen Vorlagen und ergänzt, dass die KiBiz-Reform bislang lediglich Eckpunkte darstelle, diese aber auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Landesregierung und kommunaler Spitzenverbände entstanden sind und somit eine Tendenz vorgeben würden.

Inhaltlich schwierig sei die Thematik der unterschiedlichen Finanzierungsstrukturen zwischen kommunalen und freien Trägern. Positiv sei, dass die Landesregierung erklärt hat, dass es keinen Haushaltsdeckel für investive Maßnahmen geben werde.

Anschließend weist Herr Stein auf die insgesamt gelungene Übertragung der Trägerschaft in der Kita und OGS Lehmühle hin. Das Thema Frischkochküche sieht er auf einem positiven Lösungsweg befindlich und verweist diesbezüglich auf Erläuterungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Liebmann berichtet über das 2. Dialogforum zum Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan in der Primarstufe. Gemeinsam mit Schulleitungen, Trägervertretungen, OGS-Leitungen und Vertreterinnen aus der Politik wurde diskutiert, was eine gute OGS künftig leisten muss. Im Rahmen von Impulsvorträgen wurde die Entwicklung des Unterrichts vom belehrenden zum selbsterlernenden dargestellt. Aus der Position der Kinder wurde der Wunsch nach Bewegung aber auch nach Rückzugsmöglichkeiten deutlich.

Im Anschluss wurde in 5 Arbeitsgruppen eine Vielzahl an Ideen entwickelt, die dokumentiert wurden und nun mit den freien Trägern der Nachmittagsbetreuung aufgearbeitet und in einem Papier „OGS Qualität, Kriterien und Empfehlungen“ zusammengefasst werden. Die Schulleitungen haben signalisiert, sich ebenfalls in dieser Richtung weiter bewegen zu wollen.

Frau Liebmann beschreibt die Atmosphäre des Dialogforums als ausgesprochen arbeitsintensiv und positiv. Leider ist eine Kollegin der Verwaltung, die die Aufgaben bisher gemeinsam mit ihr vorbereitet hat, nicht mehr im Dienst, so dass aus personellen Gründen eine Korrektur der Zeitplanung vorzunehmen sei. Es ist aber beabsichtigt, in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor den Sommerferien, Teil 1 der Schulentwicklungsplanung vorzustellen.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob der anstehende Termin „Integrierter Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan; Dialogforum Ausbauszenarien“ vor dem geschilderten Zeitproblem stattfinden oder neu terminiert würde. Letzteres wird von Frau Liebmann bestätigt.

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) berichtet über einen Besuch der OGS An der Strunde und die Probleme des Trägers, dort einen Caterer zu finden der Cook and Chill anbietet, da kein Konvektomat vorhanden sei. Sie bittet darum, bei künftigen Umbauten in OGSen einen Konvektomat einzuplanen. Frau Liebmann weist darauf hin, dass die Küche nach den Wünschen des Trägers eingerichtet wurde. Ein Ergebnis des Dialogforums war auch der Wunsch nach mehr Flexibilität. Allerdings sind hier gerade bei der Einrichtung von Küchen Grenzen gesetzt, da immer neue Umbaumaßnahmen nicht finanzierbar seien.

Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen) ergänzt, dass es eine klare Aussage aus dem Fachbereich 4 gäbe, dass an den weiterführenden Schulen ein Frisch-Kochen nicht stattfinden soll und die Küchen reine Aufwärmküchen wären. Das möge man bei allen Überlegungen in der Primarstufe mit bedenken.

Herr Zenz ergänzt anschließend die Vorlage hinsichtlich des neuen KiBiz. Die vereinbarten Eckpunkte besagen, dass es in Zukunft um die Auskömmlichkeit der Finanzierung von Kindertagesstätten gehen soll und beabsichtigt ist die Pauschalen ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 einmalig um 11,9% aufzustocken. Im Anschluss daran wird es eine neue Indexierung geben. Dies soll nicht wie bisher pauschal erfolgen sondern sich an den realen Personalkostensteigerungen mit einer Gewichtung und der Entwicklung der Sachkosten orientieren (mit unterschiedlicher Gewichtung z. B. 85% zu 15%).

Darüber hinaus sollen insgesamt 100 Mio. € zur Realisierung flexibler Öffnungszeiten bereitgestellt werden, von denen das Land 80 Mio. € und die Kommunen 20 Mio. € tragen sollen. Jede Kommune bekäme ein Budget. Die Ausgestaltung, welche Flexibilisierung förderungsfähig ist, ist allerdings noch abzustimmen.

Das Land beabsichtigt, eine Garantie auszusprechen, dass alle erforderlichen, neu zu schaffenden Plätze mit den Landespauschalen gefördert werden. Das Land würde dann 90% der Kosten übernehmen.

Mit dem Gute-Kita-Gesetz möchte der Bund die Kommunen und die Träger der öff. Jugendhilfe bei der Qualifizierung der Kindertagesstätten unterstützen. Der Bund wird mit den Ländern noch einzelne Vereinbarungen darüber treffen, was gefördert werden kann. Für NRW soll somit die Möglichkeit eröffnet werden, ein zweites beitragsfreies Kindergartenjahr anzubieten, ohne dass die Kommunen oder das Land hierfür Mittel bereitstellen müssten.

Die kommunalen Spitzenverbände haben eine Berechnungsgrundlage bereitgestellt, aufgrund derer die Kosten dieser Eckpunkte kalkuliert werden können. Demnach müssten in Bergisch Gladbach rd. 2 Mio € zusätzlich bereitgestellt werden.

Abschließend weist Herr Zenz darauf hin, dass es sich lediglich um ausgehandelte Eckpunkte zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden handelt und die Bedarfe der freien Träger bisher noch nicht eingeflossen sind. Weiter finanzielle Belastungen sind daher zu erwarten.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Zenz für die Ausführungen. Aufgrund der Erfahrungen bei der Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres bittet er darum, alle Kanäle zu nutzen um im jetzigen Stadium des Gesetzgebungsverfahrens darauf hinzuwirken, dass nicht wieder zusätzliche Belastungen bei den Kommunen hängen bleiben.

Auch beim Thema Ausbau der Kindertagesstätten sei es ihm wichtig darauf hinzuwirken, dass diese ebenfalls vom Land gefördert würden auch wenn frühzeitig Maßnahmenbeschlüsse gefasst würden.

Insgesamt würden nach der Hochrechnung zwar 2 Mio. € Mehraufwendungen entstehen, die im Haushalt abgebildet werden müssten, die es aber Wert wären wenn ein stimmiges Ausbaupaket davon finanziert würde. Umso schwieriger sei es natürlich, wenn aus den v.g. Gründen einzelne Maßnahmen nicht finanziert werden könnten.

6. Vorstellung des Jugendamtselternbeirats *0072/2019*

Frau Mariana Kriebel, Vertreterin des Jugendamtselternbeirats (JAEB), stellt diesen anhand einer Präsentation vor und beschreibt die Organisation sowie die Aufgaben und Tätigkeiten in Bergisch Gladbach. Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt (Anlage 3).

Frau Münzer bedankt sich für den Vortrag.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) erkundigt sich danach, wie hoch der Anteil der Einrichtungen ist, zu denen ein guter Kontakt des JAEB besteht, welche das seien und bei wie vielen der Kontakt verbesserungswürdig sei.

Frau Kriebel kann die Frage nicht einrichtungsbezogen beantworten, bestätigt aber dass sich der JAEB selber eine bessere Beteiligung wünsche. Man würde sich aber in den nächsten Monaten über die in der Präsentation beschriebenen Maßnahmen eine stärkere Positionierung erhoffen.

7. Förderung der Sanierungsmaßnahme für die Kindertagesstätte „Bollerwagen“ des Elternvereins Bollerwagen e.V., Halbenmorgen 5 *0026/2019*

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Sanierungsmaßnahme (Atrium-/Holzfenstersanierung) des Elternvereins „Bollerwagen“ e.V. für seine Kindertagesstätte „Bollerwagen“, Halbenmorgen 5, 51429 Bergisch Gladbach hat gem. Antrag ein Volumen von 76.000 €. Der 100%-igen richtliniengemäßen Förderung der anererkennungsfähigen Kosten wird zugestimmt.

8. (unbefristete) Anerkennung des Elternvereins „Frohsinn“ e.V., als Träger der Kindertagesstätte „Glückspilz“, Reuterstr. 237, 51467 Bergisch Gladbach
0028/2019

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Entfristung der Anerkennung nach § 75 SGB VIII des Elternvereins „FrohSinn“ e.V. als Träger der Kindertagesstätte „Glückspilz“, Reuterstraße 237, 51467 Bergisch Gladbach, wird zugestimmt

9. Planung nach dem KiBiz für das Kindergartenjahr 2019/2020
0031/2019

Frau Münzer bedankt sich zunächst bei allen beteiligten Mitarbeitenden für die umfangreiche Vorlage.

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) schließt sich dem Lob an und stellt heraus, dass die Versorgung von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen, trotz aller Richtigkeit der Inklusion, natürlich zu Lasten der Gesamtversorgung geht, da für ein Kind mit Behinderung Plätze nicht belegt werden können. Das müsse man berücksichtigen.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) bezieht sich auf Tab. 2 und die durch den Jugendhilfeausschuss gesetzten und auch erreichten Ziele, weist aber auch auf die noch offenen Baustellen hin, wie sie z.B. in Tab. 4a benannt werden. Das würde verdeutlichen, dass die aktuellen Projekte auch tatsächlich dringend erforderlich sind. Ihn interessiere aber auch der tatsächliche, nicht erfüllbare Bedarf an Betreuungsplätzen.

Frau Zanders bestätigt, dass der in der Vorlage formulierte, rechnerische Bedarf sich auch in der Realität so darstellen würde. Insbesondere für benachteiligte Kinder oder solche mit erhöhtem Förderbedarf sei die Platzvermittlung problematisch.

Herr Droege (Kath. Kirche) betont ebenfalls, dass die Stadt gerade in der Gemeinschaft mit den freien Trägern sehr viel zu Wege bringt. Da dürfe der Jugendhilfeausschuss auch stolz sein. In der Vorlage würde auf S. 96 über das KJW Stadtteilhaus berichtet. Richtig wäre KJA Stadtteilhaus, deren Kindertagesstätte „Windrad“ heißen wird.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) hebt noch die positive Entwicklung des Platzangebots in der Kindertagespflege hervor.

Frau Meinhardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich nach der Entwicklung der Nachfrage bei inklusiven Plätzen. Frau Zanders bestätigt, dass die Zahl der Nachfragen leicht steigend ist. Es gibt zwar Schwerpunkteinrichtungen aber auch eine grundsätzliche Bereitschaft der Einrichtungen, Kinder mit Behinderung zu betreuen. Insgesamt benötige man aber mehr Möglichkeiten, als zur Zeit zur Verfügung stehen.

Herr Holst (Inklusionsbeirat) erkundigt sich, was mit den Kindern passiert, die nicht aufgenommen werden können. Frau Zanders erläutert, dass diese Familien eng begleitet würden und ggfs. versucht würde in andere Angebote des Jugendamtes (z.B. SPFH) zu vermitteln oder doch noch eine Einrichtung zu überzeugen.

Herr Zenz weist darauf hin, dass unter der Überschrift „Inklusion“ der Landschaftsverband weiterhin versucht, die heilpädagogischen Gruppen abzubauen. Heilpädagogische Gruppen, wie es sie beispielsweise am Ferrenberg in einer dreigruppigen Kindertagesstätte gibt, würde seiner Meinung nach die Inklusion auch richtig ausgestalten. Es gäbe Situationen und Bedingungen von Kindern, die in einer ganz normal inklusiv geführten Kindertagesstätte nicht zu betreuen wären. Das würde im Moment leider auf Landschaftsverbandsebene leider nicht so wahrgenommen.

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) bittet, dass alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses diese Problematik auf die Landesebene bringen.

Herr Droege (Kath. Kirche) weist darauf hin, dass das Stadtteilhaus HLV, auch die Kita, sowohl beim Bau als auch inhaltlich als inklusive Einrichtung geplant würde.

Frau Kriebel (Jugendamtselternbeirat) merkt an, dass auch der Jugendamtselternbeirat aktuell eine Veranstaltung für die Eltern zum Thema Inklusion vorbereitet. Frau Münzer bittet, in einer der nächsten Sitzungen hierüber zu berichten.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Der Bedarfsplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2019/2020 wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenmittel für die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege zu beantragen.
2. Für die Kindertagesstätten, die in den letzten fünf Kindergartenjahren einen Landeszuschuss für plusKita und/ oder zusätzlichen Sprachförderbedarf erhalten haben (JHA-Beschluss vom 01.07.2014), soll die Förderung für ein weiteres Jahr beantragt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwirklichung von weiteren bedarfsgerechten Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten, Kleinkinderhäusern, Kindertagespflege- und Großtagespflegestellen voranzutreiben und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen.

10. Anträge der Fraktionen

Es lagen keine Anträge vor.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen eingebracht.

Frau Hauske (Arbeiterwohlfahrt) verabschiedet sich an dieser Stelle aus dem Jugendhilfeausschuss, da sie Ende April in ihren Ruhestand eintreten wird. Frau Hauske bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und die Förderung der Einrichtungen Jugendberatung und Jugendwerkstatt. Das Bestehen der beiden Einrichtungen wird im Sommer im Rahmen des 100jährigen AWO-Jubiläums gefeiert.

Frau Münzer bedankt sich bei Frau Hauske und weist auf die ausgehändigten Einladungen zu den genannten Veranstaltungen der AWO hin.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:08 Uhr.

gez. Münzer
Vorsitzende

gez. Tritz
Schriftführer